

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament
— Drucksache 10/846 —

EntschlieÙung zur Ausübung des Wahlrechts durch Bürger der Gemeinschaft,
die nicht Staatsangehörige des Mitgliedstaates ihres ständigen Wohnsitzes
sind, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament vom 14. bis 17. Juni 1984

A. Problem

Die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments will durch entsprechende Maßnahmen erreichen, daß alle Staatsangehörigen von Mitgliedstaaten, unabhängig davon, ob sie in ihrem Heimatstaat oder in einem anderen Mitgliedstaat ihren Wohnsitz haben, ohne Erschwernisse (z. B. Rückreise in ihren Heimatstaat) ihr Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ausüben können.

B. Lösung

Den vom Europäischen Parlament verfolgten Zielen ist in der Bundesrepublik Deutschland Rechnung getragen worden.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag nimmt von der Entschlieung des Europäischen Parlaments vom Dezember 1983 auf Drucksache 10/846 zustimmend Kenntnis. Er stellt darüber hinaus fest, daß die Bundesregierung alles getan hat, um den Erfordernissen der Europawahl 1984 gerecht zu werden.

Bonn, den 11. April 1984

Der Innenausschuß

Dr. Wernitz
Vorsitzender

Clemens
Berichterstatter

Schäfer (Offenburg)

Bericht der Abgeordneten Clemens und Schäfer (Offenburg)

1. Die Entschlieung des Europäischen Parlaments wurde dem Innenausschuß als Unterrichtung durch das Europäische Parlament mit Schreiben des Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 11. Januar 1984 federführend und dem Auswärtigen Ausschu und dem Rechtsausschuß zur Mitberatung zugeleitet.

Der Auswärtige Ausschu hat am 14. März 1984 im Sinne der Beschlußempfehlung votiert. Der Rechtsausschuß hat in seiner Sitzung vom 11. April 1984 empfohlen, die Entschlieung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Der Innenausschuß hat die Vorlage am 11. April 1984 beraten und einstimmig die Entschlieung zur Kenntnis genommen. Er hat dabei festgestellt, daß die Bundesregierung bereits alles Notwendige im Sinne der Ziele der Entschlieung getan hat.

2. Die Bundesregierung hat dargelegt, daß einmal für die deutschen Staatsbürger, die in den europäischen Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten der Eurpischen Gemeinschaften leben und die nach § 6 Abs. 2 des Europawahlgesetzes wahlberechtigt sind, die Wahlteilnahme an der Wahl

der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland generell durch das Institut der Briefwahl ermöglicht sei. Dieser Whlerkreis werde durch entsprechende Wahlbekanntmachungen (§ 19 Abs. 2 Europawahlordnung), durch Informationsmaterial der deutschen Auslandsvertretungen sowie Wahlaufrufe in Hörfunk und Fernsehen angesprochen.

Zum andern sei hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Staatsangehörigen anderer EG-Mitgliedstaaten die Ausübung des Wahlrechts in den hiesigen diplomatischen und konsularischen Vertretungen ihres Heimatstaates sowie in sonstigen, zusätzlich eingerichteten Wahllokalen erlaubt. Wie bereits 1979, habe die Bundesregierung auch diesmal alles getan, um die Wahlrechtsausübung auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen. Auf Grund eines Notenwechsels mit Italien sei zusätzlich eine sogenannte Postkartenaktion (Versendung von Wahlinformationen an die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Italiener unter Wahrung des Datenschutzes) durchgeführt worden. Ein Notenwechsel mit Griechenland sei z. Z. im Gange.

Bonn, den 11. April 1984

Clemens
Berichterstatter

Schäfer (Offenburg)